Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1916 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle und Vororte 3 Mk. Durch die Post bezogen 3.35 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.09 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Mk. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt)

Sonder-Ausgabe

Anzeigegebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62 Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609 Hauptschriftleiter: i. V.: Dr. Mätzold, Halle (Saale)

Dienstag, 25. April 1916

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30 Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Die deutsch-amerikanische Spannung

Ein japanischer Protest in Washington

„Gewisse Beunruhigung"
in amerikanischen Regierungskreisen

London, 22. April. „Morning Post" meldet aus Washington vom 21. April: Der japanische Botschafter überreichte heute beim Staatsdepartement einen Einspruch gegen das Einwanderungsgesetz, das asiatische Einwanderer ausschließt. Das Gesetz hat das Repräsentantenhaus durchlaufen und liegt jetzt dem Senat vor. Die japanische Regierung erhebt dagegen Einspruch, weil es gegen die Würde des japanischen Volkes verstoße und den guten Glauben der japanischen Regierung in Frage stelle. Der japanische Einspruch hat in Regierungskreisen eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen.

Rückkehr des Reichskanzlers

Berlin, 23. April. Der Reichskanzler ist nachmittags in Berlin wieder eingetroffen. Man kann danach annehmen, daß die Besprechungen über die amerikanische Note und über die Form der Beantwortung zunächst abgeschlossen sind.

Aus Berlin wird der „Frkf. Ztg." gemeldet: Die schnelle Rückkehr des Reichskanzlers aus dem Hauptquartier erklärt sich natürlich durch die Notwendigkeit, in Berlin, am Sitze der Regierung, mit den berufenen Stellen und Persönlichkeiten die Entscheidungen zu beraten, welche die amerikanische Note notwendig machte. Ob der Kanzler dann etwa noch einmal ins Hauptquartier zu weiteren Beratungen zurückkehren wird, bleibt abzuwarten. In allen ernsten politischen Kreisen ist man übereinstimmend der Ansicht, daß angesichts der, durch die amerikanische Note geschaffenen Situation, nur das eine zu geschehen hat: Unseren Sieg in diesem Kriege erleichtern und befördern, das alles, was diesen Sieg erschweren würde, zu vermeiden ist. Mehr denn je gilt der zuweilen vom Kaiser gern zitierte Satz „Salus rei publicae suprema lex! Das Heil des Reiches ist die oberste Richtschnur. Dem Glauben, daß ein Konflikt mit Amerika noch auf ehrenvolle Weise zu erledigen ist, braucht man nicht aufzugeben. Es ist selbstverständlich, daß über die dazuführenden Mittel jetzt beraten wird. Die öffentliche Meinung, soweit sie sich auch durch die Blätter der verschiedenen Parteien feststellen läßt, wird Vertrauen zu den Entschließungen haben, die der Kaiser und seine verantwortlichen Ratgeber und gewiß auch die Leitung unseres Heeres zusammenwirkend treffen.

Ein deutscher Flieger über Dover

London, 24. April. Das Kriegsamt gibt bekannt: Heute morgen um 11 Uhr 45 Minuten erschien ein feindliches Flugzeug über Dover und kreiste in einer Höhe von 6000 Fuß über der Stadt. Die Abwehrgeschütze eröffneten das Feuer und verjagten das Flugzeug, das keine Bomben warf.

Die Zusammenhänge der englischen Krisis

Manchester, 21. April. Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" berichtet: Die politische Krise hat mit einem vollständigen Siege der Anhänger der Wehrpflicht geendet. Die Vereinbarung, die Asquith und Henderson angenommen haben, bedeutet einen neuen Derby-Feldzug unter den Verheirateten, worauf unvermeidlich die Wehrpflicht für die Verheirateten eingeführt werden wird, wenn nicht der Widerstand dagegen im Parlament und im Lande zu stark ist. Aber davon ist nichts zu merken. Man hat allgemein den Eindruck, daß die Krisis einen starken Antrieb aus Frankreich erhalten hat, das von England größere Leistungen verlangt.

Paris, 24. April. Clémenceau beschäftigt sich, unangefochten von der Zensur, in einem „Die Frage der Zeit" überschriebenen Artikel mit dem englischen Rekrutierungsproblem. Er bezweifelt die Notwendigkeit einer Geheimsitzung angesichts der Unmöglichkeit der Wahrung solcher sogenannten Geheimnisse. Er macht Asquith den Vorwurf der Unschlüssigkeit, was um so bedauerlicher sei als die dringenden Erfordernisse jeden Tag einen Geist der Entschlossenheit forderten. Die einzige Frage sei „siegen oder sterben". Er sagt: „Siegen heißt, alle Maßnahmen schon heute — und für die, welche im Rückstand sind in größter Eile — treffen, um uns instandzusetzen, den Kampf gründlich bis zum Ende durchzuführen. England hat in großartiger Weise einen Entschluß bezüglich der Kanonen und Munition gefaßt. Es bleibt das nicht weniger ernste Problem der Mannschaften. Was wird uns das morgen bringen? Wir müssen zu allem bereit sein. Wir geben alle unsere Männer her. Keiner zweifelt, daß Ihr es nicht ebenso tut. Bleibt nur die Frage des Eintritts in die Reihen zur rechten Zeit, um uns nicht zu verrechnen. Laßt uns möglichst bald beginnen. Es ist eine Frage der Zeit.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 24. April 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Fast allgemein herrschte auf der Front lebhaftere Feuertätigkeit als in den letzten Tagen.

An mehreren Stellen fanden erfolgreiche deutsche Patrouillenunternehmungen statt. Südlich von St. Eloi wurden englische Abteilungen durch Feuer abgewiesen.

Im Maasgebiet wurden gestern kleinere französische Handgranatenangriffe gegen unsere Waldstellungen nordöstlich von Avocourt zurückgeschlagen. Ebenso scheiterten nachts schwächliche Vorstöße des Gegners östlich von „Toter Mann". Ein stärkerer Angriff brach in der Gegend des Gehöftes Thiaumont vor unseren Linien völlig zusammen.

Ein englischer Doppeldecker wurde im Luftkampf östlich von Arras außer Gefecht gesetzt. Die Insassen, Offiziere, sind gefangen genommen.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Berlin, 23. April. Ein Geschwader von zehn deutschen Flugzeugen hat am 22. April die russische Flugstation Papenholm auf der Insel Oesel angegriffen und mit 45 Bomben belegt, wobei sehr gute Wirkung beobachtet wurde. Ein russisches Flugzeug wurde zur Landung gezwungen. Alle deutschen Flugzeuge sind trotz heftigster Beschießung unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 24. April. Amtlich wird verlautbart 24. April:

Russischer Kriegsschauplatz

Die Gefechtstätigkeit war gestern an der ganzen Front wesentlich schwächer als gewöhnlich. Eine Mine, die der Feind östlich von Dobronouts sprengte, richtete nur in den russischen Gräben Schaden an.

Italienischer Kriegsschauplatz

Die Kämpfe am Südwestrande der Hochfläche von Doberdo dauern fort. Mehrere durch Bersaglieri geführte Angriffe brachen in unserem Feuer zusammen.

Am Col di Lana schlug die tapfere Besatzung des Gratstützpunktes fünf feindliche Angriffe blutig ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Ein chinesischer Truppentransport gesunken

Fast 1000 Todesopfer

Schanghai, 24. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der chinesische Kreuzer „Kai-Jung" stieß, während er am Sonnabend abend Truppentransporte nach den Südinseln des Tschusan-Archipels begleitete, mit dem Dampfer „Hinyu" zusammen und brachte ihn zum Sinken. Von den 1000 an Bord befindlichen Soldaten und der Besatzung wurden 30 Mann gerettet.

London, 23. April. Nach einer Meldung der Agentur Lloyds ist die französische Bark „Chanaral" (2423 Tonnen) am Sonnabend morgen torpediert worden; die Mannschaft wurde, wie man annimmt, gerettet. — Der Kapitän und 16 Mann des Dampfers „Feliciana" (4277 Tonnen) wurden durch einen Dampfer aufgenommen. Nach dem Rest der Mannschaft wird gesucht. Die „Feliciana" ist vollkommen verloren, sie war unbewaffnet. Nach einem anderen Berichte wurde die gesamte Mannschaft gelandet.

Paris, 24. April. „Temps" meldet: Auf der Reede von Algier ereignete sich an Bord des beladenen Petroleumdampfers „Notre Dame d'Afrique" eine heftige Explosion. Sieben Personen wurden verwundet. Infolge des ausgebrochenen Brandes gelang es nicht, das Schiff zu retten, das in der Nähe des Hafens unterging. Die Ursache ist unbekannt. Man vermutet eine Unvorsichtigkeit.

Wilsons Adresse an den Kongreß

Washington, 22. April. (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) In der Adresse Wilsons an den Kongreß, die sich in großen Zügen an den Wortlaut der nach Berlin gesandten Note hält, wird ausführlich auf die ganze Unterseebootfrage eingegangen, wie sie sich seit Februar 1915 entwickelt hat. Während der Verlesung der Adresse herrschte gespannte ernste Stille. Als Wilson mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß Deutschland so handeln werde, daß ein bedauerlicher Bruch mit Amerika abgewendet werden könnte, schloß, brach das Haus in Beifallsrufe aus. Wilson verlangte keinerlei Maßnahmen vom Kongreß.

New York, 22. April. (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) Meldungen aus Washington betonen, daß Präsident Wilson lediglich den Kongreß davon unterrichten wollte, daß sich die Tatsachen häufen, die beweisen, daß die Versicherungen Deutschlands an die Vereinigten Staaten nicht gehalten werden, daß der Unterseebootkrieg trotz ernsten Einspruchs der Vereinigten Staaten mit erneuter Kraft und im Widerstreit mit allen Gesetzen der Völker und der Menschlichkeit geführt wird, und daß er die Absicht hat, die Beziehungen abzubrechen, wenn dieser nicht im Rahmen des Völkerrechts geführt wird.

Eine Meldung der „Evening Post" aus Washington besagt:

Wilson gab deutlich zu verstehen, daß er sein letztes Wort an Deutschland in der Frage des Unterseebootskrieges, wie er jetzt geführt wird, gesprochen hat, und daß Deutschland nicht nur sofortige Versicherungen seiner Zustimmung zu den billigen Forderungen der Vereinigten Staaten geben, sondern diese auch sofort in die Tat umsetzen muß. In der Meldung der „Evening Post" heißt es dann weiter: Tatsächlich könnte Deutschland die Gewähr dafür geben, daß Fracht- und Passagierschiffe, die keinen Widerstand leisten, genügend gewarnt werden, und daß den Fahrgästen und der Bemanung Gelegenheit zur Rettung gegeben wird, und damit in der Sache das amerikanische Verlangen erfüllen. Wahrscheinlich erwünscht Amerika die Versicherung, daß die Bemanungen nicht gezwungen werden, in offene Boote zu steigen, außer bei ruhigem Wetter und in der Nähe der Küste, wie es von Deutschland in dem Briefwechsel über die Angelegenheit des „William P. Frye" und über die Behandlung von Schiffen, die sich im amerikanischen Besitz befinden, versprochen worden ist.

In seiner Adresse sagte Präsident Wilson:

In Verfolgung der Unterseebootskriegführung gegen den Handel seiner Feinde, die Deutschland trotz des ernsten Einspruches unserer Regierung unternommen hat, haben die deutschen Unterseebootskommandanten Handelsschiffe mit immer größerer Leidenschaftlichkeit angegriffen, nicht nur auf hoher See um England und Irland herum, sondern wo immer sie sie antreffen konnten, und in einer Weise, die immer und immer unbarmherziger (!) und immer und immer unterschiedsloser wurde, und während die Monate dahingingen, weniger und weniger unter Beobachtung irgendwelcher Schranken, und sie haben bedenkenlos ihre Angriffe auf Schiffe jeder Nationalität und Schiffe, die sich in jeder Art von Diensten befanden, gerichtet. Eine Tragödie auf See ist der anderen gefolgt in einer Weise und unter solchen Begleitumständen, daß offenbar wurde, daß diese Kriegführung, wenn das noch eine Kriegführung ist (!!) nicht fortgesetzt werden kann ohne handgreifliche Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit (?!). Was auch die Ansicht und Absicht der deutschen Regierung ist, sie hat offenbar bewiesen, daß es ihr unmöglich ist, solche Angriffsmethoden auf den feindlichen Handel innerhalb der Grenzen zu halten, die durch Vernunft (!) oder Menschlichkeit (!) gesetzt werden. Einer der letzten und schrecklichsten Vorfälle dieser Kriegführung war die Vernichtung der „Sussex". Dieser muß, wie die Versenkung der „Lusitania", als ein so einzigartig tragischer und ungerechtfertigter Fall angesehen werden, daß er ein schreckliches Beispiel für die Unmenschlichkeit der Unterseebootskriegführung (!!) ist, wie sie die Kommandanten der deutschen Fahrzeuge in den letzten zwölf Monaten betrieben haben. Wenn dieser Vorfall für sich allein dastünde, so könnte irgend eine Erklärung, eine Mißbilligung durch Deutschland, eine Feststellung eines verbrecherischen Fehlers oder willkürlichen Ungehorsams seitens des Kommandanten des Fahrzeuges, das den Torpedo abgefeuert hat, gesucht oder angenommen werden; aber unglücklicherweise steht er nicht allein. Die jüngsten Ereignisse machen den Schluß unausweichlich, daß er nur ein Beispiel, obwohl eines der schwersten und betrübendsten Beispiele, ist für den Geist und die Art der Kriegführung, die die deutsche Regierung fälschlich angenommen hat, und die von Anfang an die deutsche Regierung dem Vorwurfe aussetzte, daß sie als alle Rechte der Neutralen beiseite wirft (!!), indem sie nur ihr eigenes augenblickliches Ziel im Auge hat. Die amerikanische Regierung hat sich bemüht, sich von jeder zu weitgehenden Handlung oder Einspruch durch bedächtige Erwägung der außerordentlichen Umstände des Krieges, der keinen Vorgänger in der Geschichte kennt, fernzuhalten, und ließ sich in allem, was sie sagte oder tat, von den Gefühlen echter Freundschaft leiten, die immer das Volk der Vereinigten Staaten gegenüber dem deutschen Volke gehegt hat und auch fortfährt zu hegen.

Mit Bezug auf den Weg, der in Aussicht genommen worden ist, falls Deutschland nicht sofort einen Bericht auf die gegenwärtige Art der Kriegführung gegen Passagier- und Frachtschiffe erklärt und in die Tat umsetzt, sagte Wilson:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191604251-13/fragment/page=0001

Die dieser Verschärfung von uns nur schmerzlichstem Bedauern gekommen. Ich bin sicher, daß alle besonnenen Amerikaner der Möglichkeit eines Vorgehens, wie es in Aussicht genommen ist, mit aufrichtigem Widerstreben entgegensehen werden, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in gewisser Weise und durch den Zwang der Umstände die verantwortlichen Vorkämpfer für die Rechte der Menschlichkeit sind (?!), und das wir nicht hilfeschweigend dabei stehen dürfen, während diese Rechte allmählich vollständig beseitigt gesetzt werden. Im zermalmenden Strome dieses schrecklichen Krieges sind wir es der Rücksicht auf unsere eigenen Rechte als Nation, unserem Pflichtgefühl als Vertreter der Rechte der Neutralen in der ganzen Welt und einer gerechten Auffassung der Rechte der Menschheit schuldig, jetzt mit äußerstem Ernst und Festigkeit den Standpunkt einzunehmen, den ich eingenommen habe, und zwar im Vertrauen darauf, daß ich Ihre Billigung und Ihren Beistand finden werde. Alle ernst denkenden Männer müssen sich in der Hoffnung vereinigen, daß die deutsche Regierung, die in anderen Fällen als Verfechter alles dessen dagestanden hat, für das wir jetzt im Interesse der Menschlichkeit eintreten, die Berechtigung unserer Forderungen (!) anerkennen möge und ihnen in dem Maße Rechnung trägt, in dem sie gestellt worden sind.

Für und gegen Wilson in der amerikanischen Presse

New-York, 22. April. (Funkspruch des Vertreters von W.T.B.) Die amerikanischen Zeitungen geben mit wenigen Ausnahmen der Meinung Ausdruck, daß das Land sich hinter Präsident Wilson stellen müsse, wobei sie betonen, daß die Entscheidung jetzt bei der Berliner Regierung liege.

„New-York „Globe" schreibt: In einer Sprache, die fest aber höflich (?) ist, deutlich ist, aber unnötige Drohungen vermeidet (?), hat Wilson Deutschland mitgeteilt, daß die Beziehungen unseres Landes mit ihm aufhören müssen, wenn die völkerrechtswidrige Unterseebootkriegführung fortgesetzt wird.

„New-York Evening Mail" sagt: Wenn jetzt der Kongreß nicht eingreift, so gibt es Krieg. Der Unterseebootkrieg wird durch unser Vorgehen nicht gemildert, sondern verschärft werden, denn mit dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen werden alle Versprechungen (?) hinfällig, die Deutschland uns gegeben hat. Wenn englische (aha!) Schiffe weiter torpediert werden und Amerikaner sich weiter auf ihnen befinden sollten, dann muß es Fälle geben, in denen das Leben von Amerikanern zu beklagen sein wird. Präsident Wilson wirft hiermit gleichzeitig mit unseren diplomatischen Beziehungen die Möglichkeit der Aufklärung, Entschuldigung und Entschädigung beiseite.

„New-York World" meint: Deutschland kann mit den Vereinigten Staaten freundschaftliche diplomatische Beziehungen aufrechterhalten, wenn es Wert darauf legt, Deutschland kann Frieden mit den Vereinigten Staaten haben, wenn es Wert auf Frieden legt. Das Ultimatum Wilsons ist keine Drohung, es ist eine Warnung, die die Bedingungen umschreibt, unter denen die diplomatischen Beziehungen fortgesetzt werden können.

„Washington Post" erklärt: Angesichts des gerechten Verlangens, daß die deutschen Unterseeboote nicht länger in so unterschiedsloser Weise verwendet werden sollen, daß sie amerikanische Fahrgäste in Gefahr bringen oder ums Leben bringen, ist es keine Frage und es kann gar kein Zweifel sein, daß Deutschland anerkennen wird, daß dieses Verlangen berechtigt ist. Deutschland muß als unser Freund solche Maßnahmen vermeiden, die amerikanisches Leben zu Grunde richtet. Deutschland hat gezeigt, daß es keinen Krieg mit der Vereinigten Staaten sucht. (Sehr richtig!) Zweifellos wird es jetzt dafür sorgen, weitere Ursache zu Aergernis zu vermeiden. Das würde eine Aenderung der Methoden, nicht eine Aufgabe der Verwendung von Unterseebooten bedeuten.

In der „Philadelphia Preß" heißt es: Deutschland hat noch einmal Gelegenheit, sein Vorgehen zu ändern. Unser Land will keinen Krieg mit irgend einem Volke; wenn er uns aber aufgezwungen wird, so werden wir ihn aufzunehmen und mit aller zur Verfügung stehenden Kraft und Energie zu führen haben.

In „Philadelphia Public Ledger" steht: Es wird keinen Krieg geben, es sei denn, Deutschland wäre entschlossen, ihn heraufzubeschwören.

In „Boston Traveller" liest man: Es ist immer noch möglich, daß Deutschland in der Erkenntnis, daß eine richtige Beweisführung gegeben worden ist, gegen seinen Willen gezwungen sein wird, das zu tun, was es in allen Ehren und mit Anstand gern tun sollte.

„Bridgeport Telegram" behauptet: Wenn wir eine Krise haben, so ist es eine Krise, die ihren Ursprung in Deutschland hat (?!).

„Anaconda Standard" schreibt: Man kann noch Hoffnung haben, daß der Bruch mit Deutschland vermieden werden kann, wie es bisher der Fall gewesen ist. Die Herausforderung war eine sehr starke und die Geduld des Präsidenten Wilson und der amerikanischen Regierung erstaunlich (?!), aber diese Geduld ist nicht unerschöpflich.

„Butte Evening Post" erklärt: Es gibt noch genug Gelegenheit, zu einer billigen und gerechten Verständigung zwischen Berlin und Washington zu gelangen. Wir glauben, daß es, wie die Lage auch aussehen mag, aufrechte amerikanische Bürger geben wird, und zwar nicht wenige, die sich kaum enthalten werden, die Frage aufzuwerfen: Wenn Präsident Wilson einmal dabei ist, warum spricht er zum Kongreß, wenn er persönlich dort erscheint, nicht auch über unsere Beschwerden gegen England, und warum sagt er nicht gerade heraus, daß er erklären wird, daß die Londoner Regierung das eine oder das andere tun muß. (Sehr richtig!)

In „Wisconsin Republican" heißt es: Das amerikanische Volk wünscht keinen Krieg mit Deutschland, und wir glauben nicht, daß Deutschland einen Krieg mit den Vereinigten Staaten wünscht. Wir haben das Gefühl, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern verbessert würden, wenn sie zu einer aufrichtigen Verständigung gelangten.

„New Orleans Times-Picayune" meinen: Nicht Amerika ist schuld an dem Streit (?!). Seine friedliche Beilegung ist noch leicht. Deutschland kann ohne Selbsterniedrigung (?) oder Preisgabe irgendwelcher nationaler Rechte (?) oder einer rechtmäßigen Waffe (?) die Versicherungen, die es bereits gegeben hat, wahr machen und einen Bruch vermeiden.

Im „El Paso Herald" heißt es: Angesichts von unbedingten Parteigängern der Alliierten wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen in weiten Kreisen gebilligt werden, namentlich von solchen Leuten, die sich um die Folgen nicht kümmern und einen beschränkten Gesichtskreis haben; aber nur durch eine wohlüberlegte Agitation kann die Mehrheit des amerikanischen Volkes zu einer Billigung eines Krieges mit Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen gebracht werden. (Sehr richtig!)

In „San Francisco Chronicle" liest man: So ernst die Umstände sind, so rechtfertigen sie doch nicht einen Krieg. (Sehr richtig!)

„New York American" schreibt: Wir glauben nicht, daß unser Land in den europäischen Krieg eingreifen sollte. Wir sind vollkommen sicher, daß die überwiegende Mehrheit des amerikanischen Volkes unserer Meinung ist.

In einem weiteren Artikel betont „Evening Mail", daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika den Krieg bedeuten würde, und sucht damit dem offenbaren Wunsche Washingtoner Kreise, die Folgen eines diplomatischen Bruches zu verkleinern, entgegenzutreten.

Eine Meldung der „Evening Post" aus Washington besagt: Es ist amtlich erklärt worden, daß die amerikanische Regierung eine sofortige Erklärung der deutschen Regierung, daß sie die rücksichtslosen Angriffe auf Fracht- und Passagierschiffe aufgeben will, günstig aufnehmen und bereit sein würde, hiernach die Billigkeit der in Frage stehenden Grundsätze zu erörtern. Es würde für Deutschland nicht schwer sein, bis zur Entscheidung über die rechtlichen Fragen die Unterseebootkriegführung endgültig aufzugeben. (?!)

Ein genügender Präzedenzfall für eine solche Haltung Deutschlands ist in der Angelegenheit des William P. Frye gegeben. Daher ist eine Verständigung möglich, wenn Deutschland seine Bereitwilligkeit erklären sollte, die in Betracht kommenden Grundfragen zu erörtern oder gar einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und damit einverstanden ist, daß in der Zwischenzeit kein feindliches Schiff ohne vorherige Warnung torpediert werden soll, und daß eine Vernichtung von Prisen nur bei ruhigem Wetter und in der Nähe der Küste stattfinden soll, nachdem den Fahrgästen und der Bemannung Sicherheit für ihre Rettung gewährt worden ist.

Der New-Yorker „Tribune" wird aus Washington gemeldet: Ein einziger weiterer Fall von völkerrechtswidrigem Angriff auf irgend ein Schiff, sei es eines Kriegführenden oder Neutralen, ob sich Amerikaner an Bord befinden oder nicht, nachdem Deutschland Zeit gehabt hat, seinen Unterseebootskommandanten neue Anweisungen zu übermitteln, wird den Abbruch aller Beziehungen bedeuten. (Aha! Das ist die Ansicht in Washington über Wilsons Adresse an den Kongreß und seine Note an die Regierung in Berlin.

Schweizer Stimmen über den Ton der amerikanischen Note

Bern, 22. April. Die „Berner Tagwacht" hebt die in Wilsons Worten zutage tretende Geringschätzung und unverhüllte Drohung hervor und stellt den Ton der amerikanischen Note gegen Deutschland und England einander gegenüber, das auf die elementarsten Regeln der Humanität pfeife und mit den Neutralen in einer Weise umspringe, die ein Hohn auf jeden völkerrechtlichen Grundsatz sei. Hier sei der Ton immer sanfter. Noch auffälliger sei es, daß die englischen Weigerungen, die amerikanischen Forderungen zu berücksichtigen, stets seelenruhig hingenommen würden. Deshalb sei es wohl nicht zuviel gesagt, wenn man Wilsons Drohungen weit mehr als von der Sorge um das bedrohte amerikanische Lieferungsgeschäft an den Vierverband ausgehend bezeichnet, denn von der Absicht, dem Völkerrecht Achtung zu verschaffen.

Die „Neuen Züricher Nachrichten" schreiben: Die ganze Welt scheint sich gegen die Mittelmächte aufzulehnen, aber auch das vermag dem guten Rechte, für das sie streiten, keinen Eintrag zu tun, auch nicht den Sympathien für sie. Wenn die Aufgabe so gestellt ist, daß die Mittelmächte nicht bloß Sieger über die Entente, sondern über die Welt werden müssen, dann offenbart sich ein noch größerer Zug der Providenz für die künftige Führung der Menschheit.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 23. April 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Unsere neugewonnenen Gräben an der Straße Langemark—Ypern mußten infolge hohen Grundwassers, das einen Ausbau unmöglich machte, geräumt werden. Gegen Morgen wurde südlich St. Eloi ein englischer Handgranatenangriff abgeschlagen.

Englische Patrouillen, die nach stärkerem Vorbereitungsfeuer nachts gegen unsere Linien beiderseits der Straße Bapaume—Albert vorgingen, wurden zurückgewiesen.

Bei Tracy-le-Val mißlang ein feindlicher Gasangriff; die Gaswolke schlug in die französische Stellung zurück.

Links der Maas wurden südöstlich von Haucourt und westlich der Höhe „Toter Mann" feindliche Gräben genommen. Rechts des Flusses in der Woëvre-Ebene und auf den Höhen bei Combres blieb die Gefechtstätigkeit auf andauernd sehr lebhafte Artilleriekämpfe beschränkt.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Südlich des Narocz-Sees endete ein russischer Angriff in etwa Bataillonsstärke verlustreich an unserem Hindernis.

Sonst außer stellenweise auffrischendem Artilleriefeuer und einigen Patrouillenkämpfen keine besonderen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der Oesterreichische Generalstabsbericht

Wien, 23. April. Amtlich wird verlautbart, 23. April:

Italienischer Kriegsschauplatz

Gegen den Südwestrand der Hochfläche von Doberdo hat ein feindlicher Angriff eingesetzt; sonst beschränkte sich die Gefechtstätigkeit an der küstenländischen und Kärntner Front auf örtliche Artilleriekämpfe.

Am Col die Lana haben unsere Truppen den Stützpunkt auf dem Grat nordwestlich des Gipfels wieder besetzt und gegen einen feindlichen Angriff behauptet. Der Gipfel selbst steht unter kräftigem Feuer unserer Artillerie. Auch im Suganaabschnitt und bei Riva fanden lebhafte Geschützkämpfe statt.

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Die Marseiller Komödie

Bern, 22. April. Reisende, die von Marseille kommen, teilen mit, daß die russischen Truppen dort auf drei Dampfern angekommen sind, schätzungsweise vier- bis fünftausend Mann. Es sind sibirische Schützen, die aus Wladiwostok gekommen sind und eigentlich nach Saloniki bestimmt waren.

Nach einem Privattelegramm der „Basler Nachrichten" aus Paris ist die Uebereinkunft über die Entsendung von russischen Hilfstruppen nach Frankreich im Dezember von dem Abgeordneten Doumer mit dem Zaren persönlich abgeschlossen worden.

„Temps" schreibt zu der Landung russischer Truppen: Dieses kühne Unternehmen wird nicht den Zweck haben, unsere Bestände beträchtlich zu verstärken. Man kann sich in der Tat nicht vorstellen, daß man ganze Armeen eine so ungeheure Reise machen läßt. Aber die moralische Bedeutung ist darum nicht weniger groß. Sie übertrifft um vieles das unmittelbare militärische Interesse.

Englands Kohlenschwierigkeiten

Kopenhagen, 22. April. „Nationaltidende" schreibt: Nach dem „Fairplay" ist die Lage auf dem englischen Kohlenmarkte infolge des großen Mangels an Kohlen, der mit dem Mangel an Zufuhrung des Grubenholzes in Verbindung steht, sehr schwierig geworden. Nach der gleichen Quelle verkaufen jetzt wegen der erhöhten Abgaben, die den englischen Reedern trotz der erhöhten Frachten keine Ueberschüsse lassen, viele englische Reeder ihre Schiffe. Dagegen erzielten neutrale Reeder besonders hohe La Plata-Frachten.

„Berlingske Tidende" meldet: Die englischerseits vorgenommenen Einschränkungen, insbesondere mit Bezug auf die Bunkerkohle, verschärfen die ganze Lage und erreichen das Gegenteil von dem, was England vielleicht damit erreichen wollte, nämlich eine weitere Beschränkung des Schiffsraumes. Wir haben bereits gesehen, daß in Holland die Auflagerung von Schiffen die Antwort bildete. Gleiche Wirkungen könnte es auch hier haben. Wenn man von einem dänischen Schiffe verlangte, daß es als Bedingung für eine Kohlenfracht gefährliche Rückfrachten nach England übernimmt, so wird die Rederei es häufig vorziehen, das Schiff aus der Fahrt zu ziehen, als es einer gefährlichen Fracht auszusetzen.

Zum Tode des Generalfeldmarschalls v. d. Goltz

Konstantinopel, 22. April. Aus Anlaß des Todes des Generalfeldmarschalls von der Goltz-Pascha haben der Sultan und die türkische Regierung der Deutschen Botschaft heute ihr Beileid ausgesprochen.

Die Blätter widmen dem verewigten General-Feldmarschall von der Goltz-Pascha tiefbewegte Nachrufe, in welchen sie den Schmerz und die Trauer der Türkei, welche durch diesen Tod einen unersetzlichen Verlust erleidet, ausdrücken, den Feldmarschall als eine wertvolle Gestalt der türkischen Kriegsgeschichte und als einen der Männer beweinen, welche den Titel „groß" verdienen. In allen Leitartikeln werden die großen Verdienste des Verstorbenen um die Türkei und die türkische Armee dankbar hervorgehoben, in deren Dienste ihn auch das Todesschicksal ereilen sollte.

Letzte Telegramme

Der türkische Heeresbericht

Konstantinopel, 24. April. Das Hauptquartier meldet: An der Irakfront haben wir den in der Schlacht vom 22. April geschlagenen Feind infolge des Steigens des Tigris an gewissen Stellen nicht verfolgen können. Gestern hat der Feind bei Felahie wirkungslos unsere Stellungen bombardiert. Einige von unseren Mannschaften haben unter dem Befehl eines Offiziers mit Handgranaten ausgerüstete feindliche Soldaten, die sich einem Teil unserer Stellungen bei Bettisya auf dem rechten Ufer hatten nähern können, angegriffen. Sie töteten sie und erbeuteten 15 Kisten mit Granaten — Bei Kut el Amara hat sich ein Teil der Bevölkerung schwimmend zu uns geflüchtet.

An der Kaukasusfront und an den anderen Fronten keine wichtigen Kampfhandlungen.

Unglücksfälle auf dem Müggelsee

Berlin, 25. April. Auf dem Müggelsee bei Berlin ereigneten sich während der Osterfeiertage infolge des heftigen Westwindes verschiedene Unglücksfälle. Nicht weniger als sieben Ruderboote, darunter mehrere Doppelkiäuler und ein Doppelzweier, kenterten, wobei insgesamt fünf Personen den Tod in den Wellen fanden.

Wetterbericht

vom 24. April. In Deutschland herrschte gestern meist trübes, erheblich kühleres Wetter. Niederschläge fielen namentlich im Ostseegebiete, wo bis 16 Millimeter gemessen wurden. Heute zeigt sich ein Regengebiet nördlich der Alpen, während in den westlichen Gebietsteilen zumeist Aufklaren eingetreten ist. — Aussichten für Dienstag: Heiter, trocken, wärmer.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Mätzold; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Sholing; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Mietschner; für Feuilleton, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: H. Rothmer; für den Anzeigenteil: O. Kretzschm.
Sprechstunden von 10 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191604251-13/fragment/page=0002